

# medienarbeit

Informationen - Medienpädagogik-Zentrum Hamburg - Medienzentrum Fuhlsbüttel

9

- Die Gewerkschaft rief erneut den Streik für die Druckindustrie aus - diesmal den totalen Streik.

## Wieder ohne Zeitungen!

Der Grund geht es nur noch Arbeitnehmer kaum...  
Die Gewerkschaft Druck und Papier hat zum totalen Streik aufgerufen. „Wir befinden uns im Krieg“, sagt ihr Vorsitzender Mahlein. Wieder stehen die... jeder gibt es keine Zeitungen.

...betrag, der für den einzelnen...  
...er Woche zusätzlich bringt.

...offensichtlich mehr als die...  
...k wollen einige Funktionäre...  
...Arbeitnehmer, der Betriebe

...der Öffentlichkeit immer...  
...he Existenz einer Vielzahl...  
...langen wirtschaftlichen...  
...aben. Damit sind weitere

...sie allein trägt die volle...  
...d die Gefährdung der



Ganz einfach:  
Papier unter ihr...  
aktives Mitglied...  
Dr. Detlef Hensch...  
schaftlichen Strukt...  
Und warum? Weil ih...

Hetz-Karikatur aus der "FR"

...scha...  
...ausgef...  
...m nicht...  
...und dive...  
...2%! Und...  
...mer schwe...  
...der Spitze d...

# Inhalt

|                                                                                                 |         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------|---------|
| Video im Druckerstreik.....                                                                     | Seite 3 |
| Video im Kindergarten.....                                                                      | 9       |
| TV und Video, Ein Vergleich des Öffentlichkeits-<br>aspektes am Beispiel politischer Musik..... | 11      |
| Einsatz von Medien während des Streiks an der<br>FU Berlin, Dezember 76.....                    | 14      |
| Bericht über die Video- Hochschultagung in Berlin.....                                          | 20      |
| Wir (MPZ) ziehen endlich um.....                                                                | 24      |
| Reden die Arbeiter immer noch zuviel? Zur Absetzung<br>der Glashaussendung vom 5. 12.76.....    | 25      |
| "Urbs"-Urteile sollen vollstreckt werden.....                                                   | 30      |
| ZumRadio- und Fernsehverfassungsartikel in der<br>Schweiz.....                                  | 31      |
| Über den Kongress unabhängiger Filmemacher.....                                                 | 36      |
| Kabelfernsehen in der BRD, Teil 2: Das Pilot-<br>projekt Hamburg.....                           | 39      |
| Eine Büchertauschzentrale für Gefangene.....                                                    | 51      |
| Neu im MPZ-Videoverleih.....                                                                    | 55      |

In Medienarbeit 6/7 wurde über das Gewerkschaftsaus-schlußverfahren gegen Agnes Handwerk berichtet. Im folgenden berichten Agnes Handwerk und Brigitta Kuhlmann über ihre Videoarbeit während des Streiks in der Druckindustrie im April/Mai 76.

## *Video im Druckerstreik*

"Kein Springerblatt seit 3 Tagen, Kollegen euer Streik hat eingeschlagen..." (Peter Schütt, Schriftsteller)

Die erste Streikphase in diesem 13tägigen Streik in der Druckindustrie traf nur die überregionalen Zeitungen. Aber damit war die gesamte Springerpresse bestreikt. Nachdem der Unternehmerverband Druck sofort eine bundesweite Aussperrung verfügt hatte und die Arbeiter in kleineren Zeitungsverlagen aussperrte, erschien fast keine Tageszeitung.

In Rundfunk und Fernsehen begann daraufhin eine Kampagne gegen den Streik: in Wirtschaftsmagazinen und Kommentaren wurden die Streikenden als diejenigen hingestellt, die die wirtschaftliche Stabilität bedrohen und die Arbeitsplätze in Gefahr bringen.

Wir wollten den Kampf um die Forderung 9% mindestens 140 DM mit Video dokumentieren und den gewerkschaftlichen Kampf mit Medien unterstützen.

## *Einsatz von Video*

Wir hatten den Kontakt zu den Streikenden, weil Agnes Mitglied der IG Druck und Papier ist und außerdem 1 1/2 Jahre beim H. Bauer Verlag gearbeitet hatte.

Auf der 2. Streikversammlung brachten wir sinngemäß folgenden Antrag ein:

Video könnte im Streik nützlich eingesetzt werden.

Dazu unser Vorschlag:

- Videoberichte von den einzelnen Betrieben machen. Eine

Art Streiknachrichten, die die Kommunikation zwischen den einzelnen Betrieben fördern könnte.

Diese Videoberichte könnten kurzfristig in Zusammenarbeit mit Vertretern der betrieblichen Streikleitungen und auch der örtlichen Streikleitung zusammengestellt werden.

- Langfristig könnten diese Aufnahmen zur Erstellung einer Videodokumentation verwendet werden.

Wir Studenten könnten die Medien bereitstellen und die Herstellung des Films übernehmen.

Dieser Antrag wurde vom Ortsvereinsvorstand der IG Druck und Papier abgelehnt. Eine weitere Diskussion kam daraufhin nicht mehr zustande.

Trotzdem unterstützten uns Mitglieder der betrieblichen Streikleitungen vom H. Bauer Verlag und A. Springer Verlag.

Während der Arbeit haben wir unser ursprüngliches Vorhaben auf Videointerviews mit den Streikenden reduziert. Diese Aufnahmen haben wir in einem Grobschnitt zusammengestellt und in den Streiklokalen vom H. Bauer Verlag und A. Springer Verlag vorgeführt.



Wir vermittelten dadurch unsere Arbeit, denn in die gewerkschaftliche Arbeit waren wir nicht einbezogen. Die Mitglieder der Streikleitungen konnten unsere Medienarbeit nicht in ihre Arbeit einbeziehen(z.B. hätte man an Hand dieser Videoberichte die Streiklage diskutieren können.)

Unsere Aufnahmen zeigten nur Vergangenes, wir stellten uns zu wenig auf die anstehenden Tagesfragen ein.

Nicht nur Video, sondern auch der Fotoapparat war ein wichtiges Medium. Dazu ein Beispiel:

Angestellte fuhren brutal beim H. Bauer Verlag in die Streikposten. Wir machten Fotos. Gitta vergrößerte davon eine Serie und machte mit den Betroffenen einen Bericht über diese Vorfälle und schickte dies mit Zustimmung der betrieblichen Streikleitung an die Redaktion der Streikzeitung der IG Druck und Papier.(Der Bericht erschien nicht, allerdings war der Streik 2 Tage danach beendet.)

Die Fotos wurden auch im Streiklokal ausgehängt und so konnten sich die ankommenden Streikposten über die Vorfälle am Vortag informieren.

Unsere Initiativen entwickelten sich spontan und waren auf die beiden Streiklokale begrenzt. Wir selbst waren auf die Ereignisse nicht vorbereitet und haben uns überrumpeln lassen.

Wir sagen heute:wir hätten den Streik mit Medien in noch größerem Umfang unterstützen sollen,aber das wäre auch nur in weitergehender Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Organen möglich gewesen.

Abber gerade hier liegt das Problem.

Wie in MEDIENARBEIT 6/7 berichtet hat nach dem Streik der Ortsvereinsverband der IG Druck und Papier einen Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft gegen Agnes gestellt,begründet mit unwahren Beschuldigungen.

Über den Ausschluß entscheidet der Hauptvorstand.

Es wird sich nun zeigen,ob dieser Ausschluß nur ein Versuch auf lokaler Ebene ist,Medienarbeit in der Gewerkschaft zu unterdrücken,oder ob das auch vom Hauptvorstand vertreten wird.

Der DGB will 1978 ein Kulturprogramm herausbringen. Alle Gewerkschafter sollten sich aktiv an Diskussionen in ihren Organisationen um den Aufbau einer Medienarbeit in den Gewerkschaften beteiligen. Dabei geht es auch nicht nur um die Frage der innergewerkschaftlichen Medienarbeit sondern gerade in diesem Streik hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaft eigene Medien braucht um die Bevölkerung aufzuklären.

Z.B. hat die IG Druck und Papier im Streik nur ein Informationsflugblatt herausgebracht, während in Rundfunk und Fernsehen mit verfälschten Darstellungen die Stimmung in der Bevölkerung gegen den Streik geschürt wurde.

## ***Pressefreiheit sagen sie, Unternehmerfreiheit meinen sie***

In diesem Streik haben die Arbeiter eindringlich erfahren, daß die Hetzkampagne in Rundfunk und Fernsehen den Streik schwächte. Diese Situation wurde auch unter den Kollegen diskutiert.

Ein Auszug aus einer Diskussion:

"...Die Leute pöbeln morgens in der U-Bahn, keine Zeitung, was wollen die überhaupt!"

"...Du kannst es sehen an unserer Berichterstattung über den Streik. Die Arbeitnehmer werden als Kriminelle abgestempelt, die die Pressefreiheit gefährden. Die armen Zeitungsleser, die auf Informationen verzichten müssen... Das ist die Pressefreiheit der Unternehmer, das ist ganz deutlich rausgekommen."

"Im Streik ist die Aufklärung der Bevölkerung nicht mehr und nicht minder gegeben, das hat mit dem Streik wenig zu tun. Die Freiheit die man hier eben hat, ist eben nur, ob oder ohne Streik einseitig."

"Aber im Streik hättest du die Möglichkeit das mal aufzuzeigen."

"Kein Medienmittel vermittelt das dem Bürger."

"Das Beste wäre, wenn die Gewerkschaft selbst eine Zeitung, die täglich erscheint, herausbringen würde, und die mehr dem Arbeiter nützt, wenn sie jeden Tag für den gleichen Preis der Bildzeitung erscheint."

In einer anderen Diskussion wurde angeregt, die Gewerkschaft müsste selbst Beiträge zum Streik produzieren, so, wie z.B. wir kleine Videobeiträge vor Kollegen vorführten. Und die Gewerkschaft müsste doch das Recht haben solche Beiträge zu senden, genauso, wie der Kirche täglich Sendezeiten zur Verfügung stehen!

## ***Erfahrungen aus der Geschichte***

Unsere Erfahrungen zeigen, daß in Rundfunk und Fernsehen keine Arbeiterinteressen vertreten werden.

Hier ein Beispiel aus der Weimarer Republik, in der es eine Arbeiter-Radio-Bewegung gab und das zeigt, wie sich die Arbeiter gegen eine falsche Berichterstattung gewehrt haben.

Ogleich sicherlich die Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik vor z.T. anderen Aufgaben stand und sich in verschiedener Hinsicht von der heutigen unterscheidet, halten wir es für sinnvoll kurz darauf einzugehen, weil es Vorschläge, die heute gemacht werden, zu überdenken hilft.

In der Zeitung "Arbeiter-Sender" vom 13. Januar 1933 wird von einer Aktion der Belegschaft der Bayerischen Motorenwerke in München berichtet. Die Arbeiter von BMW befanden sich in der 2. Oktoberhälfte 1932 im Streik. Am 17. Oktober berichtete der Rundfunk über den Streik aus der Sicht der Unternehmer. Die Streikvollversammlung der Arbeiter war empört über diese einseitige Darstellung und verabschiedete einen Brief an die Direktion des Bayerischen Rundfunks, in dem ultimativ eine Gegendarstellung eines Arbeitervertreters zu einer empfangsgünstigen Abendzeit gefordert wird. Die Rundfunkdirektion antwortete, daß sie sich einer einseitigen Darstellung nicht bewußt

sei und keine Veranlassung sehe, irgendeine Nachricht zu berichtigen und Schließlich: "Einen Vertreter ihrer Organisation bei uns sprechen zu lassen, verbieten uns die für den Rundfunk geltenden Richtlinien."

Die Zeitung "Arbeiter-Sender" berichtet weiter: "Die Antwort des Rundfunks wurde in einer Belegschaftsversammlung mit lauter Empörung entgegengenommen, da die Versammlung aus dem genauen Wortlaut des Nachrichtendienstes die absolut einseitige arbeiterfeindlich wirkende Stellung des Rundfunks persönlich festgestellt hatte.

Die Belegschaft beschloß darauf, eine große Protestkundgebung der Münchner Arbeiter und Rundfunkhörer gegen den Bayerischen Rundfunk sofort zu organisieren. - Wenn die Betriebe sich überall so zur Wehr setzen, zweifeln wir nicht daran, daß der Rundfunk gezwungen wird, seine streikfrontzersetzende Propaganda einzustellen!"

## Arbeiter-Sender

6. Jahrgang

13. Januar 1933



*"Wir fordern, daß der Rundfunk keine falschen Streiknachrichten, sondern die Wahrheit im Nachrichtendienst weiset!"  
Streikende bayerische Bauarbeiter gegen Lohnklausen bei einer Streikversammlung.*

Wir würden gerne mit Anderen, die in oder mit Gewerkschaften Medienarbeit machen, Erfahrungen austauschen und würden uns freuen, wenn Ihr Erfahrungsberichte schicken würdet. Das MPZ wäre auch bereit, eine Tagung zu diesem Bereich zu organisieren. Also, greift zum Stift!

## Video im Kindergarten

Der pädagogische Bereich ist zur Zeit noch ein Stiefkind der apparativen Medien; obwohl Video die ganze Bandbreite von verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten - vom der rein rezeptiven bis hin zur handlungsorientierten - abdecken könnte.

Gerade im Erziehungsbereich - hier staatliche und kirchliche Kindertagesheime - finden wir viele Ansatzpunkte für den Umgang mit technischen Medien. Dabei sind drei Zielgruppen für die Arbeit von Bedeutung.

1. Die Erzieher und Kinderpflegerinnen
2. Die Eltern der Kinder und
3. Die Kinder selbst.

Beim Einsatz von Video in Erziehergruppen, tritt wohl hauptsächlich der Aspekt der Aus- und Fortbildung in den Vordergrund. Hier könnten Projekte von Vorschularbeit vorgestellt werden, aufgezeichnete Fernsehsendungen zu, für KTH-Mitarbeitern relevanten Fragen besprochen werden. Ebenso bestände die Möglichkeit Video als Mittel der Beobachtung eigenen Verhaltens in Kindergruppen einzusetzen, um so die Arbeit optimal zu gestalten.

Ebenso könnte Video als Vermittler von Information zwischen den einzelnen Gruppen im KTH dienen, um so Spannungen zwischen den Mitarbeitern - die oft auf mangelnder Information über die Tätigkeit des anderen beruhen - abzubauen.

Im Rahmen der Elternarbeit wird jedem pädagogisch Engagiertem deutlich, wie wichtig für die Arbeit eine Kooperation zwischen Elternhaus und Institution ist. Ebenso deutlich erscheint aber auch das Problem, die Eltern für die Arbeit mit ihren Kindern zu interessieren. Dies mag viele Gründe haben. Einer ist aber ganz sicher in dem Informationsmanque der Eltern zu sehen. Wir sind im Rahmen des Sozialpädagogik-Berufspraktikums im Kindertagesheim (KTH) Mümmelmannsberg auf dieses Problem gestoßen.

Das KTH ist zur Zeit nicht in der Lage umfassend über die pädagogische Arbeit, ja noch nicht einmal über den reinen Tagesablauf, zu informieren. So haben die Eltern oft ein total diffuses Bild der Einrichtung vor sich.

Dieses Bild etwas aufzuhellen war hier der Ansatzpunkt für den Einsatz von Video. Ein Band über den Tagesablauf des KTH wurde erstellt, mit dem Ziel auf dem kommenden Elternabend dieses Material den Eltern vorzustellen. Durch die visuelle Darstellung, dessen, was tatsächlich - wenn auch nur ausschnittsweise - gezeigt im KTH passiert, wurde gehofft Eltern mehr für eine Zusammenarbeit motivieren zu können.

Die Aufnahmen wurden an zwei Tagen - mit einem Portapak - fertiggestellt. (Besuch in einzelnen Gruppen, Zeigen der Räumlichkeiten etc.) Aus dem Material wurde ein Endband geschnitten. Dieses Band wurde am Elternabend in einzelnen Gruppen vorgespielt. Die betreffenden Erzieher gaben zu einzelnen Bildstellen ihren Kommentar ab, die Eltern fragten; sehr schnell war man bei grundsätzlichen Fragen zur Erziehung angelangt. Wiedereinmal erwies sich Video als äußerst vorteilhaft - konnten doch bestimmte Stellen des Bandes als Standbilder ausgeworfen werden, konnten andere Stellen so oft man wollte noch einmal gesehen werden.

ES ist geplant dieses Band jetzt immer dann zu zeigen, wenn Eltern ihre Kinder im KTH vorstellen,

um ihnen so einen ersten Einblick in die Arbeit zu ermöglichen und vielleicht auf diesem Wege zur Zusammenarbeit zu motivieren.

## **TV und Video**

### **Ein Vergleich des Öffentlichkeitsaspektes am Beispiel politischer Musik**

Zwei Ereignisse der letzten Wochen fordern einen Vergleich der unvergleichbaren Medien TV und Video heraus. Beide Ereignisse stammen aus dem Bereich politischer Musik: a.) Der "Fall Biermann"

b.) Konzerte der "Initiative fortschrittlicher Musiker"

Wolf Biermann wurde im westdeutschen Fernsehen die Ehre zuteil, mehrmals, einmal sogar ungekürzt 3 1/2 Std. lang einem Millionenpublikum aufzuspielen. Das TV gab im Fall Biermann seine sonst vornehm geübte Zurückhaltung auf. Während sonst hauptsächlich Schlagergedudel ("Rote Lippen soll man küssen") produziert wird, entschloß man sich nun auf allen Wellen über die Grenzen reitend - "dem Bürger der DDR die Möglichkeit zu geben, Biermanns Aussagen ungekürzt mit der Ausweisungsbegründung der Partei- und Staatsführung zu vergleichen". So jedenfalls lautete der Tenor der Ansage des Kölner Konzerts.

Als unvermeidbar, jedoch ungemütlich erwies sich die Zwickmühle, daß dem Kommunisten Biermann für die ganze Aktion nun auch die westlichen Kanäle geöffnet werden mußten. Seine bescheidene Feststellung:

"Das soll nun alles gewesen sein?

das bißchen Fußball und Führerschein?

das war nun das donnernde Leben."

erreichte somit - was nicht unbedingt intendiert war -

auch westliche Fußballer.

Um diese Seite des Geschehens in Grenzen zu halten, wurde denn auch die Ausstrahlung des Konzerts-auf Betreiben der CDU-in die tiefe Nacht verschoben. Letztlich aber gefiel man sich darin, mit dem Mäntelchen der "Meinungsfreiheit" öffentlich zu kokettieren.

Wie zerschissen dieses Mäntelchen gleichwohl ist. demonstrierte der SFB kurz vorher: Er ließ noch nicht einmal zu, daß in einer Jugendsendung die Veranstaltung zweier Polit-Rock Gruppen der "Initiative fortschrittlicher Musiker" angekündigt wurde.

Gar Ausschnitte der "Proleten-Passion", einer Geschichtsbetrachtung vom Standpunkt des kleinen Manns zu senden, stand überhaupt nicht zur Debatte. Deswegen waren wir als Videofritzen herausgefordert dieses musikalische Szenarium der "Schmetterlinge" (Wien) mitzuschneiden, um es einem weiteren Zuschauerkreis zugänglich zu machen.

Natürlich waren die Aufnahmen auf Anhieb nicht berau berauschend. Uns reizt aber die Vorstellung im kommenden Jahr die "Proleten-Passion" in guter Tonqualität vor allem aber mit szenisch-kabarettistischen Elementen optimal ins "linke" Bild zu setzen

Die Voraussetzungen dazu könnten in einer gemeinsam getragenen Produktion der "Schmetterlinge" liegen die anschließend ebenso gemeinsam verarbeitet wird. Wir nehmen nicht länger hin daß die Fernsehgewaltigen entscheiden was unsere Musik, unsere Kultur sein soll. Besonders die Zusammenarbeit fortschrittlicher Kulturprojekte, der Aufbau eines alternativen Medienverbunds sind notwendig wollen wir unserem Interessen- und Lebenszusammenhang Ausdruck verleihen.

Für unsere Haltung zur Biermannsendung im ARD-Fernsehen gilt, daß wir uns nicht zufrieden geben können mit den einmaligen (einmal und nicht wieder?) schnell vergessenen Sendungen des TV. Wenn "alles seinen sozial-

istischen Gang" gehen soll, müssen wir uns die Aufzeichnungen ständig verfügbar machen in unsere Veranstaltungen und Kommunikationsstrategien einbeziehen

frank-telepublik

**Völker, hört die  
neuen Töne!**

Zeichnungen: Alex Ignatov



#### **ES HAT DIE WELT EIN HINTERTEIL**

Es hat die Welt ein Hinterteil,  
vom Erdenball zwei Drittel,  
wo Mensch und Rohstoff noch wohlfeil,  
für Ordnung sorgen Büttel.

Und wer sich umschaut mit Verstand,  
der weiß, was das bedeutet,  
die werden in dem fernen Land-  
drei-, vierfach ausgebeutet.

Wir alle naschen daran mit,  
vom Schweiß der Unterdrückten,  
was Monopole mit Profit  
in fernen Ländern pflücken.

Die Fackel brennt am End' der Welt  
und lodert immer stärker,  
sie sind in Marschreihen aufgestellt  
in ihrem großen Kerker.

Sie kämpfen einen stolzen Kampf  
und viele sind schon Freie.  
Die Landkarten werden eingestampft,  
man braucht schon täglich neue.

Sie sind so fern, sie sind so weit,  
was scheren uns ihre Kriege?  
Die Welt ist klein in dieser Zeit,  
Uns stärken ihre Siege.

Ein jeder kämpfe, wo er steht,  
vor seinem eigenen Stadttor.  
Die große Solidarität  
wirkt rund um den Äquator.

Der kleine Mann ist überall,  
wo Unterdrücker schinden,  
und um den ganzen Erdenball  
müssen wir uns finden.

Wir haben einen Weg gewählt,  
der aus dem Schatten führt,  
damit die ganze blaue Welt  
zur Kommune wird.



# Einsatz von Medien während des Streiks an der FU Berlin Dezember 76

## Vorbemerkung:

Im folgenden veröffentlichen wir einen aktuellen Bericht von telepublik über Medienarbeit im Rahmen des Westberliner Hochschulstreiks. Ausgehend von diesem Streik des FU-Fachbereichs Germanistik, der besonders stark von politischen Repressionen und Berufsverböten seitens des Berliner Senats betroffen ist, weitete sich der streik auf die gesamte FU und schließlich auch auf andere Westberliner Hochschulen (TU, PH und FHSen) aus. Mehrere studentische Vollversammlungen beschlossen den Streik bis Mitte Dezember. Auf der bisher letzten Streikversammlung wurde ferner beschlossen, den Streik bis zum 10. Januar 77 auszusetzen und gleich-

zeitig ein Ultimatum an den Berliner Senat zu richten, in dem u.a. gefordert wird, sämtliche Disziplinaruntersuchungen gegen Hochschulangehörige einzustellen und bei Assistenten keine Überprüfung der Verfassungstreue vorzunehmen.

Inzwischen ist der Berliner Wissenschaftssenator Löffler dazu übergegangen an sämtliche Studenten eine Broschüre und einen Brief zu verschicken, um die Studenten zur "Vernunft" zu bringen. Angesichts dieser Propagandaoffensive des Senats erweist sich einmal mehr die Dringlichkeit alternativer Informations- und Medienarbeit. Es ist sicherlich notwendig, über den Rahmen der universitären Öffentlichkeitsarbeit, der im folgenden Artikel behandelt wird, zu einem späteren Zeitpunkt auch auf die Medienarbeit der streikenden Studenten außerhalb der Hochschule, auf die Bemühungen ihren Streik in der Bevölkerung bekannt zu machen und zu verankern, näher einzugehen.

Der Streik an der FU-Berlin gegen Berufsverbote, politische Disziplinierung, Durchsetzung des HRG und materielle Misere der Studenten (teilweise haben sich andere Hochschulen und Fachhochschulen dieser Bewegung angeschlossen) zeigt wie wenig funktionierende Öffentlichkeitsarbeit an der Universität besteht, wie notwendig es ist, sie aufzubauen. In "Friedenszeiten" wird Öffentlichkeit wesentlich hergestellt durch Seminardiskussion (wie lange noch?) Flugblätter, Vollversammlungen, politische Organisationen, Initiativen etc. Im Momenten aber wo Erfahrungen und Ereignisse sich verdichten - wie etwa jetzt beim Streik - reichen die Kommunikationssituationen zur Verständigung nicht mehr aus; weder für die Kommunikation in den Instituten noch, - weit wichtiger - für die Kommunikation zwischen den Instituten und Hochschulen. Die interinstitutionelle Kommunikation schmilzt für die politisch "Nichtorganisierten" zusammen auf die Vollversammlungen. Hier ergibt sich dann - wie Beispiele an der FU teilweise zeigten - das bekannte Bild: ein Durcheinander von Ansagen Abstimmungen, Diskussionsbeiträgen etc.

Der Kommunikationsbedarf aller Beteiligten scheint in den zur Verfügung stehenden drei, vier oder fünf Stunden nicht gedeckt zu werden.

In der Streiksituation kommt dem Einsatz von technischen Medien zur Konstitution der dringend notwendigen Öffentlichkeit wesentliche Bedeutung zu. Das Telefon, das Tonband, Zeitung, Photo, Film und Video, zentral und dezentral eingesetzt multiplizieren die Kommunikationssituationen, sodaß die Kommunikationsbedürfnisse tendenziell befriedigt werden können, was die Möglichkeit schafft, das Potential der zerstreuten Erfahrungen produktiv zu machen für die Ziele des Streiks.

Das aber setzt bei den am Streik Beteiligten einen aufgeklärten Begriff von Öffentlichkeit voraus: hier

ist nicht nur auszugehen von der Konsumtion von Öffentlichkeit, sondern wesentlich von der Produktion von Öffentlichkeit:

"Wer nicht produziert, lebt reduziert. Wir müssen eine Fabrik aufbauen, die Kommunikation produziert."  
(aus einem Flugblatt der Publizistik)

Als am Institut für Publizistik beschlossen wurde sich dem Streik anderer Institute anzuschließen, haben sich spontan nicht nur Arbeitsgruppen gebildet, die zu anstehenden politischen Themen Material und Erfahrungen austauschen und diskutieren wollten, sondern auch mehrere Mediengruppen. Die Qualität dieser Mediengruppen ist darin zu sehen, daß sie sich den Problemen nicht nur rein sprachlich annähern, sondern sich aktiv mit gesellschaftlicher Wirklichkeit auseinandersetzen. Dieser Vorgang produziert eine intensive Erfahrung, die nicht nur wesentlicher Motor war für den überdurchschnittlichen Arbeitsaufwand, sondern auch eine verstärkte Motivation für die Ziele des Streiks entstehen ließ: denn es ist ein Unterschied, wenn ich mich abstrakt über politische Disziplinierung unterhalte, oder wenn ich konkret die Situation an den Fachbereichen durch Photoarbeit, Interviewarbeit, Video erfahre.

Zentral für alle streikenden (und noch nicht streikenden) Studenten wurde ein Zeitungskollektiv gegründet, das täglich einen "Streikkurier" in 4000 Stück Auflage herstellt und vertreibt. Dieses Blatt sammelt wichtige Veranstaltungstermine, gibt Nachrichten und kurze Einschätzungen zu aktuellen politischen Ereignissen wieder; hier erfahre ich, wie die Streiksituation bei den Medizinerinnen aussieht, hier lese ich, wie ich mich bei Verhaftungen zu verhalten habe.

Das Blatt ist zentral für den FU Bereich gemacht, zentral wird es auch finanziell unterstützt vom Streikrat der FU (Der Streikrat ist unsere

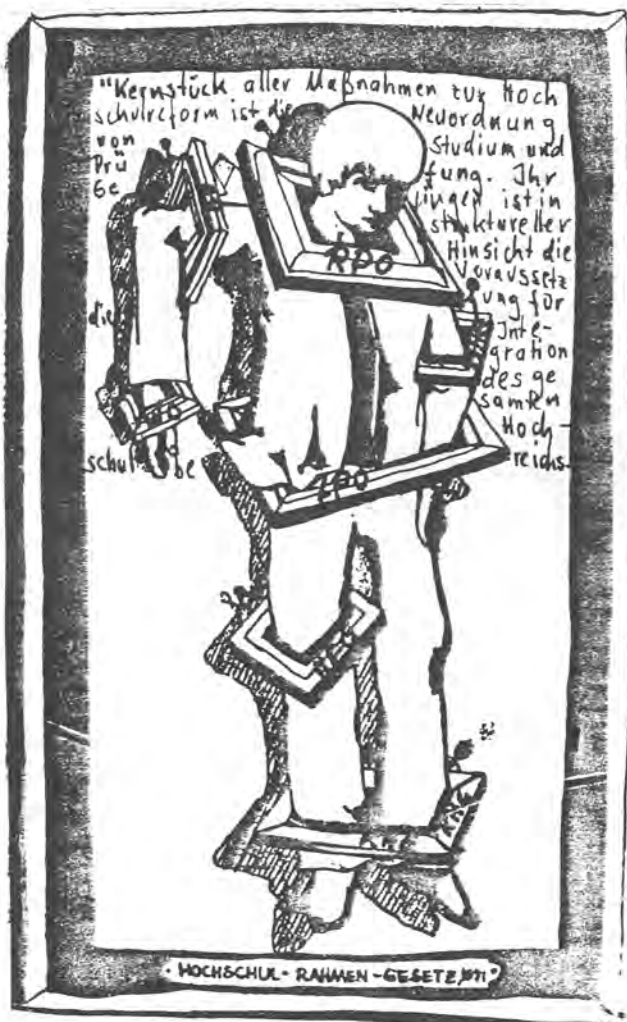
Koordinationsstelle für die Streikaktivitäten, er ist zusammengesetzt aus je zwei Vertretern aus einzelnen Fachbereichen) Im Gegensatz zum "Streikkurier", der wesentlich auf kurzfristige Ereignisse ausgerichtet ist, hier aktivierend eingreifen will, verfolgt die Photo- und Filmgruppe ein anderes Ziel. Das Material soll wesentlich zur Dokumentation dienen, teilweise unter spezifischen Fragestellungen: so beabsichtigt die Filmgruppe, die verschiedensten Streikformen festzuhalten um sie später zu überprüfen, neue Formen propagieren zu können. (Teilweise\* allerdings wird das Photomaterial schon jetzt für Stände in den Stadtteilen verwendet.)



Die Arbeit der Videogruppen hat sich zur Aufgabe gesetzt ähnlich wie der "Streikkurier", Ereignisse und Erfahrungen noch während des Streiks wieder fruchtbar zu machen. So sind Interviews mit Streikräten anderer Fachbereiche gemacht worden, Polizeieinsätze festgehalten, Vollversammlungen dokumentiert worden. Diese Informationen anderen zugänglich zu machen, stellt natürlich ganz andere Anforderungen, als etwa der Zeitungsverkauf. Nur wenige Institute verfügen über eine Abspielmöglichkeit, sodaß es notwendig

wird, selbst die erforderlichen Geräte aufzubauen. Langfristig ist geplant eine ausführliche Dokumentation zum Streik zu machen. Ein Zusammenschnitt ist schon jetzt erstellt, der einen ungefähren Überblick gibt über den Verlauf und 'Inhalt des Streiks.

Um der studentischen Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Solidarität eine fundierte Grundlage zu geben braucht man nicht unbedingt Video. Die subjektive Situation kann man auch vermitteln, indem Interviews mit dem Tonband produziert und umverteilt werden-



aber wo ist schon der Verstärker für Tonbandaufnahmen in den Instituten, der wesentliche Hilfe zur Rezeption leisten könnte. Wieviele der Studenten haben zuhause ihre Stereo-Verstärkeranlage für die Rolling Stones Aufnahmen stehen!

Drei Erkenntnisse schälen sich jetzt schon heraus: Bisher ist es nur ganz bestimmten Instituten möglich das Problem der Produktion und Konsumtion von Öffentlichkeit selbst anzugehen. Gruppen, die hier aktiv werden, können sich weder auf eine auditive noch audiovisuelle Infrastruktur, die auch jederzeit zugänglich ist verlassen. Hier aber Arbeitskraft zu investieren ist notwendiger als sich zum 20. Mal in einer Arbeitsgruppe über den Fall X eines Berufsverbots eines Betroffenen zu informieren. Eine funktionierende audiovisuelle Infrastruktur könnte auch weit effektiver Erfahrungen sinnlich-konkret in den Streikzusammenhang integrieren, die scheinbar außen vor liegen. (nur Bänder über Brokdorf konnten diesmal eingesetzt werden) Damit verbunden ist, daß endlich verstärkt mit anderen Instituten überlegt wird, wie die teils im Streik erst laufende Medienarbeit langfristig geleistet werden kann.

Medienarbeit muß gerichtet sein auf eine Öffentlichkeitsproduktion, die ständig kommunikatorische Bedürfnisse entstehen läßt. All dies schließt die Notwendigkeit nicht aus, selbst über eigene Produktionsanlagen zu verfügen, sie eventuell in einem AV-Zentrum zusammenzufassen.

Die geplante ausführliche Auswertung aller am Streik beteiligten Medienarbeiter wird sich an diesen Fragen orientieren.

Frank Dietrich/Christian Scholz  
telepublik/Berlin

# Bericht über die Video-Hochschultagung in Berlin

Wir haben im letzten Info über die Vorbereitung einer Tagung in Berlin zum Thema "Videoarbeit in der Hochschulausbildung" berichtet und einen Bericht über den Verlauf und die Ergebnisse dieses Treffens angekündigt.

Wir können in diesem Info nur einen kurzen Informationsbericht bringen. Eine ausführlichere Auswertung und Einschätzung versuchen wir zusammen mit den Berlinern Veranstaltern und anderen Teilnehmern im nächsten Info zu veröffentlichen.

## Probleme der Tagung

Die Tagung war von vornherein mit einigen Problemen und Konflikten konfrontiert, die sich auf den Ablauf der Tagung auswirkten.

So war das angekündigte 3. Informationspapier der Veranstalter (konkretes Tagungsprogramm) bei den Teilnehmern nicht mehr rechtzeitig angekommen.

Zum Zeitpunkt der Tagung wurde an der PH Berlin (wo die Tagung stattfand) und an anderen Berliner Hochschulen gestreikt.

Die Erwartungshaltungen, Interessen und Arbeitszusammenhänge der verschiedenen Teilnehmer waren äußerst unterschiedlich. Das Spektrum reichte dabei von 'erste Informationen über Videoarbeit bekommen' über 'möglichst viel mitkriegen und viel sehen' bis hin zu dem Interesse 'einzelne Fragestellungen und Probleme zu diskutieren und aufzuarbeiten'.

Dies führte dazu, daß auf der Tagung selbst erst mal abgeklärt werden mußte, wie die Tagung inhaltlich und organisatorisch ablaufen sollte (auch in Beziehung zum laufenden Streik), welche Teilnehmer, Interessen und welches Videomaterial vorhanden war.

Nach einigem Hin und Her einigten sich die Teilnehmer auf folgendes Vorgehen:

(diese Einigung stand wohl auf ziemlich schwachen Füßen, was am 2.Tag der Tagung deutlich wurde, als ein Bremer Vertreter ein Kritikpapier zur Tagung einbrachte. Dieses führte zu einer erneuten Grundsatzdiskussion über den weiteren Ablauf der Tagung, aber nicht zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung um die Kritikpunkte und auch nicht zu einer wesentlichen Veränderung des Tagungsablaufs.)

## **Ablauf der Tagung**

Das Plenum teilte sich in drei Vorbereitungsgruppen auf:

1. Video als hochschuldidaktisches Mittel
2. Berufsfeldorientierte Untersuchungstätigkeit mit Video
3. Praktische Medienkritik mit Video, videospezifische Gestaltungsprobleme

Diese drei Gruppen sollten am 1.Nachmittag der Tagung die vorhandenen Projekte und Produkte sichten, vorstrukturieren und für das Plenum eine Auswahl treffen.

Als Problem stellte sich hier heraus, daß in der zur Verfügung stehenden Zeit (3-5 Stunden) ein sinnvolles Eingehen auf die vielen Projekte und das Erarbeiten von Fragestellungen für das Plenum nicht möglich war. Dies führte entweder dazu, daß die Gruppen sich die Bänder nur ausschnittsweise im Schnellverfahren ansehen konnten, ohne den Entstehungs- und Arbeitszusammenhang der Produkte diskutieren zu können, oder daß sich die Gruppen die Bänder von Anfang bis Ende ansahen, was wiederum die herkömmliche Konsumhaltung verstärkte und eine Vorbereitung auf das Plenum verhinderte.

Am 2. und 3. Tag der Tagung wurden dann im Plenum die ausgewählten Projekte und Produkte vorgestellt und diskutiert. Die zentralen Fragestellungen, unter denen die Projekte diskutiert werden sollten - was aber nur ansatzweise geleistet wurde -, waren:

- unter welchen Produktionsbedingungen sind die Projekte entstanden?

- unter welchen Arbeitsbedingungen, in welcher Hochschulsituation sind die Projekte entstanden?
- mit welchem Ausbildungsauftrag der Hochschulen sind die Projekte konfrontiert?
- wie sehen die Berufsfeldbedingungen aus?
- wie bestimmt sich das Verhältnis Betroffene - Erzieher/Medienarbeiter in den Projekten?

## Gezeigte Bänder und diskutierte Projekte

Aus der Gruppe "Berufsfeldorientierte Untersuchungstätigkeit mit Video" wurde der Videofilm "Klose Schoße" gezeigt, der im Rahmen eines Prüfungsprojektes an der HbK Hamburg und aus der längerfristigen Arbeit in einer Jugendinitiative entstanden war.

Der Videofilm versucht die Funktion staatlicher Jugendpolitik anhand eines Wohltätigkeitsfestes des Hamburger Senats zugunsten der Jugendgemeinschaft Hamm-Süd und anhand der Auseinandersetzungen in dieser Jugendgemeinschaft über die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung an dieser Veranstaltung deutlich zu machen.



Aus der Gruppe "Videopraxis als hochschuldidaktisches Mittel" wurde aus Aachen der Videofilm "Lehrjahre sind keine Herrenjahre" gezeigt, der aus einem selbstorganisierten studentischen Seminar heraus entstanden war und der die Situation und die Probleme von Lehramtsbewerbern in ihrem Beruf und Alltag darstellt.

Aus Bielefeld wurde der als Lehrfilm konzipierte Videofilm "Der kleine Bluff" gezeigt, der an einem exemplarischen Beispiel (Vortrag und Diskussion eines Referats in einem Uni-Seminar) Seminarstrukturen, Rituale und Bluffmechanismen (Vortäuschen von Wissen) zu analysieren versucht.

Die Gruppe "Praktische Medienkritik mit Video" brachte in das Plenum ein Band aus München ein, das in einer Klausurtagung mit Studenten und Hochschullehrern spontan entstanden war und zur Klärung der Motivation der Beteiligten und der Arbeit mit Video beitragen sollte. Weiter wurden aus der Gruppe noch Ausschnitte aus einem Videofilm der HdK Berlin über eine Berliner Kneipe (Interviews mit Kneipenbesuchern- und angestellten) und aus einem Videofilm des Theaterwissenschaftlichen Instituts ("Der kleine Fisch" - Erarbeitung und Verfilmung eines Märchens) gezeigt.

Insbesondere in den Diskussionen über die letztgenannten Projekte und Produkte wurde unserer Meinung nach eine starke Überschätzung der Möglichkeiten und der Wirksamkeit der Arbeit mit Video deutlich, vor der die Bremer Vertreter am ersten Tag der Tagung - wenn da auch noch etwas unvermittelt - gewarnt hatten.

"Video als Mittel subjektiver Geschichtsschreibung", als "Mittel zur Veränderung des Alltags" u.a.. Diese Zielsetzungen und 'Höhenflüge' standen vor allem im ziemlichsten Bruch mit den gezeigten Bändern und diskutierten Projekten, so daß bei manchem der Eindruck entstand, daß er wohl angesichts der geführten Diskussion die falschen Bänder und Projekte gesehen haben muß.

Am 2. Nachmittag der Tagung fand zur Unterstützung des Streiks an der PH noch eine Veranstaltung statt, auf der im Streik aktuell hergestellte Videobänder gezeigt wurden, und auf der über die Funktion und Möglichkeiten von Videoarbeit in Streik- und Konfliktsituationen an der Universität diskutiert werden sollte. Eine Diskussion kam jedoch weder zu den gezeigten Streikbändern, noch zu der Veranstaltungsproblematik, noch über den zusätzlich gezeigten Videofilm "Aussageverweigerung" (verhalten gegenüber der Polizei bei Verhaftungen) zustande.

(Auf die Konsequenzen, die aus der Tagung gezogen wurden und die am Schluß noch diskutiert wurden, wollen wir im nächsten Info eingehen.)

## Wir (MPZ) ziehen endlich um

Anfang Januar ziehen wir endlich um.

Zusammen mit anderen Gruppen und Interessierten (Bildermacher, Filmer, Fotografen, Designer, Kunstpädagogen) haben wir mehrere Räume gemietet in der:

**HH-  
Altona**

Thadenstr. 130 a  
2000 Hamburg 50



# Reden die Arbeiter immer noch zuviel?

## Zur Absetzung der Glashaus-Sendung vom 5.12.76

MORGENPOST 7.12.76

### Die IG Druck spricht von willkürlicher Zensur im WDR

Köln/Stuttgart — Als einen „ungeheuerlichen Akt willkürlicher Zensur“ hat der Hauptvorstand der IG Druck gestern die Absetzung der ARD-Sendung „Glashaus“ am Sonntag bezeichnet.

Die Sendung war vom WDR-Fernsehdirektor Werner Höfer mit der Begründung ersatzlos gestrichen worden, die vorliegende Fassung halte er inhaltlich und formal nicht für ausreichend.

In der Sendung waren Betriebsräte der IG Druck gefragt worden, was Arbeiter vom Fernsehen erwarten. Die Kritik der Betriebsräte am Fernsehen lautete: Die Arbeitswelt komme nicht vor, Informations-Sendungen gingen sprachlich und thematisch oft an den Arbeitern vorbei, und außerdem würden diese oft so spät gesendet, daß die Frührschicht sie nicht mehr sehen könne, weil die Kollegen nicht so lange aufbleiben könnten.

Die IG Druck erklärte, damit gebe es eine zweiten Fall von Zensur, „die sich einseitig gegen die Interessen der Arbeitnehmer richte“. Der erste Fall sei die „skandalöse“ Absetzung der TV-Serie über Betriebsräte im NDR.

Gewiß ist die Absetzung der „Glashaus“-Sendung nicht erst der zweite Fall von Zensur, der „sich einseitig gegen die Interessen der Arbeitnehmer“ richtet. Es ist wohl eher so einzuschätzen, daß die massive Propaganda von Rechts gegen „Rot-Funk“, der ja besonders beim WDR noch beheimatet sein soll, seine Wirkungen zeigt. Die letzten „Spielwiesen“ im Spätprogramm der ARD, in denen die Interessen von Arbeitern überhaupt zu Wort kommen, werden langsam geschlossen. Nachdem die Betriebsräte-Sendung im WDR noch durchgegangen war, während sie im NDR aufgrund des massiven Drucks von den Arbeitgeberverbänden abgesetzt wurde, ist dies der zweite öffentlich bekannte Fall von Selbstzensur des WDR, nachdem zuvor.

ein Film über den Kampf der LIP-Arbeiter von dem verantwortlichen Redakteur nicht abgenommen wurde, weil die Arbeiter zuviel redeten, was wohl ebenso bei der „Glashaus“-Sendung ausschlaggebend sein dürfte.

Hinter den ganzen Absetzungen in den Anstalten steht immer wieder das "Argument" der Unausgewogenheit, verschlüsselt als "formal und inhaltlich nicht ausreichend." Dieser Anspruch der Ausgewogenheit ist zuvor an den freien Filmemachern erprobt worden, die sich 1971 an "Urbs 71" in Wuppertal beteiligt hatten. Es wurde angewandt 1974 bei der freien Auftragsproduktion für den LIP-Film von Wittenberg/schmidt und es wird 1976 offensichtlich massiv auch auf interne Produktionen der Sendeanstalten angewandt. Absetzung der Betriebsrats-Sendung des NDR, Absetzung der "Glashaus"-Sendung, nachträgliches Verbot des Films "Brockdorf ein zweites Why?", aufgrund einer Beschwerde von Ministerpräsident Stoltenberg, der ein paar Tage später im ARD-Programm Gelegenheit zur Gegendarstellung bekam und der Aufsichtsrat im NDR sah sich gleich bemüht doch noch einmal die ganze Berichterstattung im NDR über Brockdorf zu untersuchen.

Auffallend ist, daß das Maß der Ausgewogenheit sich in der neueren Zeit nicht festmacht an Fragen, ob hier möglicherweise die FDGO in Frage gestellt wird, sondern die Angriffe richten sich gegen die Selbstdarstellung von Arbeiterinteressen auf gewerkschaftlicher Basis



auf grundgesetzlich verankerte Positionen, wenn man die Arbeiter laut nachdenken läßt über das Fernsehen wie es der Redakteur Ludwig Metzger in der FR vom 7. 7.12.76 ausdrückte.

## **Was nicht im Fernsehen gesagt werden durfte**

Ende November hatten der freie Autor Klaus Haak und "Glashaus"-Redakteur Ludwig Metzger in dem Gewerkschaftsfortbildungsheim Spfringen mit 7 Gewerkschaftern eine sechsstündige Diskussion aufgezeichnet. Aus diesem Material war für die abgesetzte "Glashaus"-Sendung ein Ausschnitt von 35 Minuten herausgenommen worden. Im folgenden veröffentlichen wir einige Passagen dieser Sendung, die in der Süddeutschen Zeitung vom 8.12.76 erschienen.

Gewerkschafter: Im Fernsehen, da wird zum Beispiel folgendes gemacht: Da sagen die Herren, die sich da laufend produzieren: die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Und wenn wir das hören, dann fallen uns so ungefähr die Fußnägel ab.

Gewerkschafter: Wenn es im Fernsehen keine Probleme gibt, dann gibt es in der Gesellschaft auch keine Probleme. So sieht es praktisch aus.

Gewerkschafter: Die sprechen von Arbeitsplätzen von morgen, indem sie den Unternehmen zugestehen, daß sie investieren. Die investieren aber nur deshalb, um moderne Techniken einzuführen und damit wieder automatisch Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Da muß ich ernsthaft fragen, was das Schlagwort soll: "Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen." Das ist kompletter Blödsinn.

Gewerkschafter: Das wäre zum Beispiel eine Aufgabe für das Fernsehen ein Bewußtseinsbild zu schaffen, wodurch klar wird, daß der technische Fortschritt einfach dem Menschen nutzbar gemacht wird und sich nicht gegen die Menschen richten darf.

Moderator: Und das geschieht nicht, was geschieht statt dessen?

Gewerkschafter: Ja, indem man uns wirklich, ich muß wieder auf diese leichten Unterhaltungsfilme oder überhaupt speziell auf Unterhaltung zurückkommen: damit wird doch versucht, die eigentlichen Probleme, die 83 Prozent unserer Bevölkerung, nämlich die arbeitenden Menschen bewegen, gar nicht sichtbar werden zu lassen. Das ist schon

doch schon das Problem, welches wir jetzt im Fernsehen haben.

Gewerkschafter: Ja, im Grunde genommen Verschleierungstaktik und das ist noch viel zu schwach ausgedrückt. ich muß sagen, man betrügt uns. Regelrechter Betrug ist das. Noch ist es für uns nur Betrug, die wir das vielleicht erkennen, aber ich bin schon der Auffassung, daß die 83 Prozent der Bevölkerung das auch erkennen müssen, und darin liegt auch schon der Betrug, weil die das nicht erkennen lernen.



# *Fernsehinterner und öffentlicher Protest*

Wir haben in den vorhergehenden Ausgaben von MEDIEN-ARBEIT über unsere mehr schlechten Erfahrungen mit Redakteuren der TV-Anstalten berichtet. Unter anderem auch über L. Metzger. Eines der größten Probleme war immer, wie sie die Sendungen "durchkriegen" sollten. Nach unserer Meinung zeigt sich aber an den neusten Fällen, daß dies immer mehr nicht eine individuelle taktische Frage ist, wie man sich auf die Vorgesetzten einstellt. Damit kommt man unter den heutigen Bedingungen sehr schnell an die Grenzen des Einspruchs und Drucks von den Arbeitgeberverbänden und ihren Lakaien in den Parteien und Aufsichtsräten. Wenn wir der immer stärker sich zeigenden Repression im Medienbereich und in den Anstalten entgegenwirken wollen, können wir dies nur erreichen, wenn wir die selbst auferlegte Zensur durchbrechen und die auftretenden Konflikte breiter in die Gesellschaft hinein tragen. So finden wir es richtig über die Hintergründe Öffentlichkeit herzustellen und begrüßen es, daß die RFFU (Radio=Film und Fernsehunion in der Gewerkschaft Kunst) und die DJU in der Gewerkschaft IG Druck und Papier die betroffenen Kollegen unterstützen und selbst versuchen, die Öffentlichkeit über Repressionen verstärkt herzustellen, indem sie Veranstaltungen organisieren, wie jetzt z.B. eine in Hamburg.

Als Fortschritt sehen wir auch den Protest des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier gegen die Absetzung der "Glashaus"-Sendung an. Wir werden allerdings die Ernsthaftigkeit dieses Protestes an seiner Haltung zu dem Gewerkschaftsausschlußantrag gegen die in der gleichen Gewerkschaft organisierten Videofilmerin Agnes H. messen müssen. (s.a. den Artikel in dieser MEDIENARBEIT)

Wir sind allerdings der Meinung, daß die Repression im Medienbereich nur als eine Erscheinungsform politischer Disziplinierung in der BRD gesehen werden kann, Berufsverbote gibt es in allen Bereichen. Von daher finden wir es gut, die Bewegung gegen Repression in diesem Land, umfassender zu organisieren, wie es z.B. in dem Bemühen um ein Russel-Komitee zur politischen Repression in der BRD im Moment diskutiert wird.

## **"Urbs"-Urteile sollen vollstreckt werden**

Mitte November haben sich die drei vom "urbs-Urteil" betroffenen Filmemacher erneut mit einem Rundschreiben an die Öffentlichkeit gewandt. Sie schildern darin die Breite der Solidaritätsbewegung dieses Jahres und weisen darauf hin, daß die Stadt Wuppertal nach wie vor auf ihrer starren Haltung besteht (vgl. MPZ-MeFu-Informationen 4 und 5) und lediglich die Vollstreckung "schonend und in kleinen Raten zu betreiben" gewillt ist. Wir unterstützen die Forderungen der "urbs"-Filmemacher und der Solidaritätsbewegung:

Verzicht der Stadt Wuppertal auf Ratenzahlungen, die die gezielte Vernichtung der materiellen Existenz der Filmemacher "in kleinen Raten" bedeuten!

Zurücknahme aller Rückzahlungsforderungen an die Filmemacher Peter Krieg, Oimel Mai und Horst Schwaab!

Auszahlung der letzten, 1971 einbehaltenen Raten der Produktionskosten in Höhe von 15.500DM!

Der Rundbrief der "urbs"-Filmemacher ist zu beziehen über:  
Horst Schwaab, Uhlandstr. 179/180, 1 Berlin 12

Tel. 030/881 67 53

Spendenkonto:

M.Ludin - Sonderkonto "urbs-Prozesse" - 11 17641500 Berliner Bank, Depositenkasse 11, 1 Berlin 15

# Zum Radio- und Fernsehverfassungsgesetz in der Schweiz

## Vorbemerkung:

Im folgenden wollen wir näher auf verfassungsrechtliche und medienpolitische Aspekte des in der Volksabstimmung gescheiterten Verfassungsartikels in der Schweiz eingehen. Wir sehen einen Zusammenhang zwischen der Einschränkung der Informations- und Meinungsfreiheit in der BRD und den repressiven Tendenzen des Schweizer Verfassungsartikelentwurfes. Wir wollen mit diesem Artikel die Diskussion der fortschrittlichen Medienarbeiter und Medienpädagogen über die Grenzen der BRD hinaus fundieren und voranbringen helfen.

In der Schweiz hatten die Staatsbürger per Volksabstimmung über einen Verfassungsartikel zu entscheiden, der die rechtliche Stellung und den Betrieb der audiovisuellen Medien, Radio und Fernsehen, grundsätzlich regelt.

Nachdem 1957 eine entsprechende Vorlage in der Volksabstimmung gescheitert war, lag bisher die Kompetenz für den technischen Betrieb bei der P.T.T. (staatlich) und die Programmkonzession wurde der SRG (Schweizerische Rundfunkgesellschaft) übertragen. Weiterhin wurden Kabelfernsehprojekte zu Versuchszwecken mit begrenzter Zeitdauer zugelassen. Da diese Konzessionen verfassungsrechtlich nicht abgesichert waren, sollte mit der Volksabstimmung vom 26.9.76 dafür eine verfassungsrechtliche Grundlage geschaffen werden (vgl. Vorschlag für Art. 36 quater BV).

#### Art. 36quater BV

1. Die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen ist Sache des Bundes.

2. Der Bund kann für die Verbreitung von Programmen Konzessionen erteilen. Er betraut mit der Schaffung und Verbreitung der Programme eine oder mehrere Institutionen des öffentlichen oder privaten Rechts, die im Rahmen der Gesetzgebung autonom sind.

3. Radio und Fernsehen werden für die Allgemeinheit nach den Grundsätzen eines freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates eingerichtet und betrieben. Die Interessen der Kantone sind zu berücksichtigen.

4. Die Programme haben insbesondere:

a) eine objektive und ausgewogene Information sicherzustellen;

b) die Verschiedenheit der Meinungen angemessen zum Ausdruck zu bringen;

c) das Verständnis für die Anliegen der Gemeinschaft zu fördern;

d) die Eigenart der Sprachgebiete und Landesteile darzustellen;

e) die kulturelle und soziale Vielfalt zu berücksichtigen;

f) die Achtung vor der Persönlichkeit und vor der religiösen Überzeugung zu wahren.

Im Rahmen dieser Richtlinien ist die freie Gestaltung der Programme gewährleistet.

5. Auf Stellung und Aufgabe anderer Kommunikationsmittel, vor allem der Presse, ist Rücksicht zu nehmen.

6. Das Gesetz schafft eine unabhängige Beschwerdeinstanz.

Die Abschnitte 1, 2, 3 und 5 resümieren lediglich, was längst zur Alltagswirklichkeit geworden ist. Mit dem Abschnitt 6 sollten die Grundlagen für eine Beschwerdeinstanz geschaffen werden und damit die bisherige Form, daß nämlich in letzter Konsequenz der Nationalrat (das Parlament) die Beschwerdeinstanz ist, abgelöst werden.

In der Diskussion vor der Volksabstimmung stand der Abschnitt 4, der die Grundlagen für die Programmgestaltung schaffen sollte, im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen.

"Die Formulierung 'objektiv und ausgewogen' findet sich zwar in anderer Form bereits in der heutigen Konzession, doch wird die Anwendung auf das Gesamtprogramm eingeschränkt, während der Verfassungsentwurf eine Anwendung auf eine einzelne Sendung nicht ausschließen würde. Näheres regelt, und hier liegt offensichtlich der Hase begraben, die Ausführungsgesetzgebung." (A. Mayr in SZ, 23.9.76)

Von den Medienschaffenden selbst wurden Bedenken gegen das "Ausgewogenheitspostulat" vorgebracht. Sie kritisieren auch, daß die Bereiche Unterhaltung und Bildung nicht erwähnt seien.

Ein Fernsehredakteur kommt in der SZ vom 23.9.76 zu Wort und meint: "Wenn man den Artikel liest, glaubt man zunächst, das könnte man unterschreiben. Aber wenn man sieht, welche Leute hinter dem Fernsehartikel stehen, da erkennt

man die Absicht ganz klar, das Fernsehen an die Kandare zu nehmen, kritische Filme zu verunmöglichen oder mindestens zu erschweren."

Vor allem befürchteten viele Bürger, daß mit den vorliegenden, sehr allgemeinen Formulierungen kritische und medienkritische Beiträge unterbunden werden könnten. Die Programmrichtlinien sollten Wegweiser und nicht Gebots- und Verbotstafeln sein. Sie beschwören die Gefahr herauf, daß "meinungslos Tatsachen aneinandergereiht würden" (NZZ, 24.9.76). Begriffe wie "Maulkorb" und "Zwangsjacke" wurden benutzt, was von den Befürwortern der Vorlage als "Emotionalisierung des Abstimmungskampfes" verurteilt wurde.



Die negative Einstellung vieler Medienschaffender ist vor allem im Zusammenhang mit zwei Ereignissen zu sehen: Einmal haben ultrarechte und konservative Politiker vor der Abstimmung verkündet, der Artikel diene dazu, das "Fernsehen in den Griff zu bekommen" (SZ, 28.9.76). Zum anderen befürchtete man, daß z.B. Sendungen wie "Kassensturz" (mit kritischen Informationen und Tips für Verbraucher) nach Annahme des Artikels nicht mehr möglich seien.

Eine ominöse, 1974 gegründete "Schweizerische Rundfunk- und Fernsehvereinigung", die über beträchtliche Geldmittel verfügt, beschnüffelt seit ihrem Bestehen das Fernsehprogramm auf "linke Umtriebe". Zwischen deren Gründungsmitglied Hofer, Nationalrat und Geschichtsprofessor, und der politischen Rechten in der BRD, namentlich CSU-Chef Strauß und ZDF-Löwenthal, bestehen Verbindungen.

Von den vier großen schweizer Parteien sprach sich lediglich die Sozialdemokratische Partei gegen den Artikel aus. Alle links der SP stehenden Parteien und Gruppen riefen ebenfalls zur Ablehnung auf. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gab die Parole "Stimmfreigabe" aus, jedoch empfahlen dem SGB angeschlossene Gewerkschaften "Nein" zu stimmen.

Bei einer Stimmbeteiligung von nur 32,5 Prozent wurde am 26.9.76 der Radio- und Fernsehartikel mit 695.541 Nein-gegen 531.747 Ja-Stimmen abgelehnt.

Für die Verwerfung der Vorlage wird der Umstand ausschlaggebend gewesen sein, daß sich die Schweizer mehrheitlich gegen eine Stärkung der zentralen Bundeskompetenzen wehren. Dabei ist diese Haltung parteipolitisch und klassenpolitisch indifferent. Eine genauere Untersuchung des Abstimmungsverhaltens wäre zu leisten. Auffällig ist immerhin die Tatsache, daß das Abstimmungsverhalten durch die bisherigen Erfahrungen mit den Massenmedien stark beeinflusst wurde. So war z.B. die Ablehnung in den südwestlichen Kantonen Freiburg und Wallis höher als in den Nachbarkantonen. Die ersteren Kantone verfügen über keine auf sie speziell abgestimmten Programmstrukturen, weshalb man sich auch künftig von Radio und Fernsehen nicht viel versprach. Die stärkere Ablehnung in der deutschsprachigen Schweiz (gerade auch in konservativen Gebieten) hängt auch damit zusammen, daß hier die dauernde Polemik und einseitige Propaganda (Pressemonopol) der rechten Kräfte eine Art "demo-

kratische Trotzreaktion" bewirkte.

Besondere Probleme wirft die Ablehnung des Artikels für die Entscheidungspraxis bei Anträgen auf Konzessionen für Kabelfernsehprojekte auf. Aufgrund vor allem der geographischen Lage sind in der Schweiz gegenüber z.B. der BRD unvergleichlich mehr Kabelfernsehnetze, als Empfangsketten, in Betrieb. Bereits 1972 bis 1974 wurden Pilotprojekte in Renens, Freiburg und Yverdon mit eigenen Sendungen für eine begrenzte, genau festgelegte Zeit durchgeführt (Vgl. La Teledistribution en Suisse, in: Teledistribution et Video Animation, Paris, 1974).

Die Konzessionen wurden bisher von einer Kommission des Energie- und Verkehrsministeriums, in der auch private Interessensvertreter sitzen, bearbeitet und mit Auflagen für die Programmgestaltung bewilligt. Diese Auflagen beinhalten, daß die Pluralität der Meinungen respektiert, den allgemeinen Interessen gedient und die nationale Einheit bestärkt werden müsse.

Gegenwärtig liegen dem Bundesrat - nach dessen eigenen Aussagen - ein Dutzend Konzessionsgesuche vor, für die die Rechtsgrundlage nunmehr weiter ungeklärt ist. "Der Bundesrat will vom Staat unabhängige Medien: sie sollen aber auch unabhängig von privaten Kräften sein. Daher soll das Kabelfernsehen nicht einfach einem wilden Markt überlassen werden." (NZZ, 28.9.76) Insbesondere sieht der Bundesrat das Problem, daß sich das Kabelfernsehen auf Werbeeinnahmen stützen wird und damit dem Fernsehen und vor allem den Zeitungen ihre Erwerbsgrundlagen streitig machen könnte. Aber Wachsamkeit gegenüber dem Zugriff privater Unternehmen nach den Massenmedien und gegenüber allen Versuchen der weiteren Einschränkung der Presse- und Informationsfreiheit ist eine zu wichtige Frage, um sie einem staatlichen Organ wie dem Bundesrat zu überlassen.

(ein Mitglied des MPZ und ein schweizer Kollege)

# Über den Kongress unabhängiger Filmemacher Düsseldorf am 13. und 14.11.76

Der Name des Kongresses war - wie sich bald zeigte - unglücklich gewählt. Das die 116 Teilnehmer des Kongresses Verbindende war, daß sie Produzenten von Medienprodukten, hauptsächlich 16mm-Filmen sind, die einzeln auf dem freien Markt oder an Institutionen, vor allem dem Fernsehen, verkauft werden müssen. Darüberhinaus sind alle gleichermaßen von der Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen, Einsparungen im kulturellen Bereich, der völlig unzureichenden Filmförderung und politischen Repressionen, wie etwa die URBS- und LIP-Filmemacher betroffen.

Aus diesem grundsätzlichen Selbstverständnis heraus erörterten die Kongreßteilnehmer Möglichkeiten der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Stärkung ihrer Position gegenüber Auftraggebern und Institutionen. Dabei wurden Forderungen verabschiedet, die sich auf eine Veränderung und Anhebung der staatlichen Filmförderung - sowohl bezüglich der Produktion als auch des Vertriebs - beziehen. Übereinstimmung wurde erzielt in der Frage, daß die kommunale Filmarbeit besonders gestärkt werden müsse durch die Einrichtung bzw. Förderung von lokalen Abspielstellen und der Einrichtung von Workshops.

Des weiteren wurden Schritte eingeleitet, die die gewerkschaftliche Organisation der Filmemacher zum Ziel haben. Als nächster Schritt soll auf Landesebene abgeklärt werden, ob sich die Filmemacher effektiver im Rahmen des BBK (Bund Bildender Künstler), in der Gewerkschaft Kunst oder der RFFU (Radio-Film-Fernseh-Union) ebenfalls in der Gewerkschaft Kunst organisieren können. Es müßten dort Fachgruppen für die Filmemacher eingerichtet werden und zur Koordinierung der Aktivitäten jeweils mit den entsprechenden Gewerkschaftsgruppen Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden.

Es wurde übereinstimmend festgestellt, daß dies nur im Zusammenhang mit der Schaffung einer IG Medien gesehen werden kann, d.h., daß alle Schritte so angelegt sein müssen, daß sie die Schaffung einer IG Medien unterstützen. Weiterhin wurde vereinbart, daß sich die Filmemacher anläßlich der Oberhausener Kurzfilmtage Anfang nächsten Jahres zu einem Koordinationstreffen erneut zusammenfinden, um die eingeleiteten Schritte auszuwerten und Richtlinien festzulegen für einen geplanten bundesweiten Kongreß Ende 1977, der von der Gewerkschaft Kunst organisiert werden soll.

Der Verlauf des Kongresses ergab, daß die Frage der Organisation der Filmemacher regional unterschiedlich weit diskutiert worden war. Es war nicht zufällig, daß dieser Kongreß im Ruhrgebiet stattfand, da im Umkreis von Düsseldorf diese Fragen bereits intensiver diskutiert wurden.

Allgemein kann man anmerken, daß sich dem Bestreben, der Organisation der Filmemacher einen gewerkschaftlichen Rahmen zu geben, viel weniger Argumente entgegenstellen, als es etwa in den Diskussionen der Schriftsteller und Bildenden Künstler Anfang der 70er Jahre der Fall war. Dennoch wird die Frage, ob man als gemeinsamen Nenner lediglich die ökonomische Benachteiligung ansehen sollte, weiter diskutiert werden müssen. Die Abwesenheit relativ arrivierter Filmemacher wie Kluge, Schlöndorf, Reitz, Hauff u.a. sollte nicht so mißverstanden werden, daß es mit diesen Filmemachern keinerlei Gemeinsamkeit gibt. Vielmehr muß das Selbstverständnis auch dahingehend entwickelt werden, daß die gewerkschaftliche Organisation vor allem auch notwendig ist, um der privatwirtschaftlichen (es gibt nur noch einen finanziell verschuldeten deutschen Verleih gegenüber den US-Monopolvertriebsgesellschaften!) als auch staatlichen Repression im Medienbereich zu begegnen.

Dabei wird es auch darauf ankommen, stärker als in Düsseldorf geschehen konnte, ein borniertes 16mm-Filmmacherverständnis zu überwinden und nicht das technische Medium, sondern die gesellschaftliche Stellung als Medienarbeiter in den Vordergrund zu stellen. Sicherlich hat das bei einigen, auch bei politischen 16mm-Filmmachern (!), noch stark vorherrschende "freie Künstler"-Selbstverständnis zum Teil seine Grundlagen in den Voraussetzungen und dem professionellen Umgang mit der 16mm-Technik. Um so mehr gilt es die Gemeinschaft aller Medienarbeiter, vom 16mm-Filmmacher über den Trick-, Super-8-Filmer, Videofilmer, Fotografen, Grafiker bis hin zu den Wortproduzenten und Druckern stärker zu verdeutlichen und alle Tendenzen in Richtung einer IG Medien zu stärken.

In diesem Sinne kann auch die aktive Mitarbeit und das Eingreifen von Medienarbeitern, die in medienpädagogischen Zusammenhängen stehen und/oder hauptsächlich mit Video arbeiten bezogen auf die jetzt einzuleitenden organisatorischen Schritte im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisation der Filmmacher einen Schritt vorwärts bedeuten. Die Bezeichnung der einzurichtenden gewerkschaftlichen Fachgruppen müßte dem auch Rechnung tragen.

Anmerkung:

Die Kongreßprotokolle, verabschiedeten Arbeitspapiere und die Adressenliste der vorläufigen regionalen Koordinatoren werden demnächst von der Filmgruppe Düsseldorf zusammengestellt und verschickt.

Adresse: Filmgruppe Düsseldorf  
c/o Susanne Ebert  
Karl-Schurz-Str. 15  
4000 Düsseldorf

# Kabelfernsehen in der BRD

## Teil 2: Das Pilotprojekt Hamburg

"Aus Kenntnis der tatsächlichen Lage möchte ich heute aber dazu raten, alle damit zusammenhängenden Fragen mit großer Sachlichkeit und Nüchternheit zu behandeln." (Bürgermeister Klose am 30.11.76 zu KTV-Pilotprojekten)

Im ersten Teil "Pilotprojekte in Sicht ?" in MEDIENARBEIT 8 hatten wir einen ersten Überblick über die politischen Auseinandersetzungen um sich abzeichnende Pilotprojektmodelle gegeben, wie sie vorwiegend um die Kabelfernsehplanung in Kassel und im Saarland geführt worden sind.

In diesem Teil wollen wir genauer auf die Planung eines "Pilotprojektes Hamburg" eingehen und damit an einem Beispiel den aktuellen Stand der Planung sowie die technische Ausstattung und den möglichen Umfang der Pilotprojekte beschreiben.

### Erste Versuchsprojekte

Bereits im Dezember 1974 wurde nach einjähriger Bauzeit in Hamburg-Uhlenhorst eine Kabelfernsehanlage in Betrieb genommen. Die Anlage umfaßt ca. 68 ha Grundfläche mit rund 6800 Einwohnern in etwa 3100 Wohneinheiten im Bereich Einkaufszentrum Hamburger Straße und Winterhuder Weg. Ein 5,8 km langes Kabel zur City-Nord Hamburgs soll zur Erprobung der technischen Anforderungen dienen.

Die Anlage überträgt von einer auf einem Hochhaus in ca. 100 m Höhe angebrachten Empfangsantenne 5 Fernsehprogramme (ARD, ZDF, NDR III, DDR 1 und 2) sowie 12 Rundfunkprogramme. Die Anlage ist auf 12 Fernsehprogramme hin angelegt. Bis jetzt sind 1500 Wohneinheiten angeschlossen, der

Anschluß aller 3100 Einheiten ist geplant. (Die Kosten werden sich auf ca. 1,3 Mio.DM belaufen.) Die Anlage arbeitet

als Gemeinschaftsgroßantennenanlage (GGA) und behebt die Empfangsstörungen, die durch die Hochhäuser an der Hamburger Straße verursacht werden (durch sog. Beschattungsgebiete).

In den Bebauungsplänen wird in Hamburg seit einiger Zeit eine Fernsehempfangsklausel miteingefügt, nach der Verursacher von Fernsehempfangsstörungen zur Abhilfe verpflichtet werden. Entsprechend wird die Anschlußgebühr von 200 DM von den Eigentümern der Hochhäuser an die Post gezahlt.

Die Anschlüsse waren bis Juni '75 gebührenfrei, seitdem sind entgegen dem "Verursacherprinzip" die Anschlußgebühren von 1,50 - 10 DM vom "Endverbraucher" bzw. Vermieter selbst zu tragen.

Die relativ frühe Inbetriebnahme von Kabelfernsehversuchen wurde durch die weitgehende Zusammenarbeit von Stadt und Bundespost ermöglicht. So hat die Oberpostdirektion (OPD) Hamburg Einblick in die Bebauungspläne und gibt entsprechende Stellungnahmen dazu ab. Bei Fragen zu etwaigen Beschattungsgebieten, bzw. Störungen von Richtfunkstrecken usw. findet eine Abstimmung mit der Post statt.

Seit 1974 sind insgesamt ca. 20 - allerdings kleinere - GGA-s vorwiegend in Hamburger Neubaugebieten entstanden. Von der fernmeldetechnischen wie von der rechtlichen Seite hat die Hamburger Planung einen Vorsprung vor ähnlichen



Projekten erreicht. Bürgermeister Klose konnte vor kurzem in einer Presseerklärung mit Recht mitteilen, daß sich Hamburg zu den aussichtsreichsten Bewerbern von Pilotprojekten zählt.

## ***Auf- und Ausbau eines Kabelfernsehnetzes***

Im folgenden geben wir den Stand der Pilotprojektplanung in Hamburg wieder, wobei wir uns auf Material und Gespräche mit der entsprechenden Arbeitsgruppe der Oberpostdirektion Hamburg stützen.

Anhand von Schaubildern, die von einer Arbeitsgruppe der OPD Hamburg erstellt wurden, soll der technische Aufbau einer Kabelfernsehanlage verdeutlicht werden.

Bild 1 zeigt das Grundelement eines Grundleitungsnetzes (GL=Grundleitung) mit einer Verstärkerstelle (VrSt). Sie befindet sich an einer Straßenkreuzung und hat in diesem Falle 8 Kabelabzweigungen.

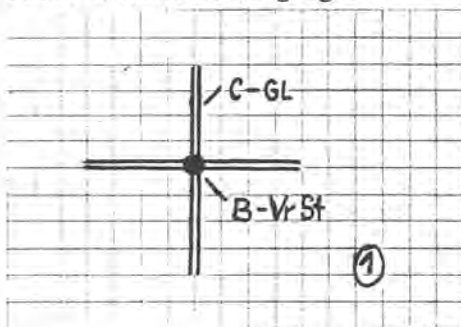
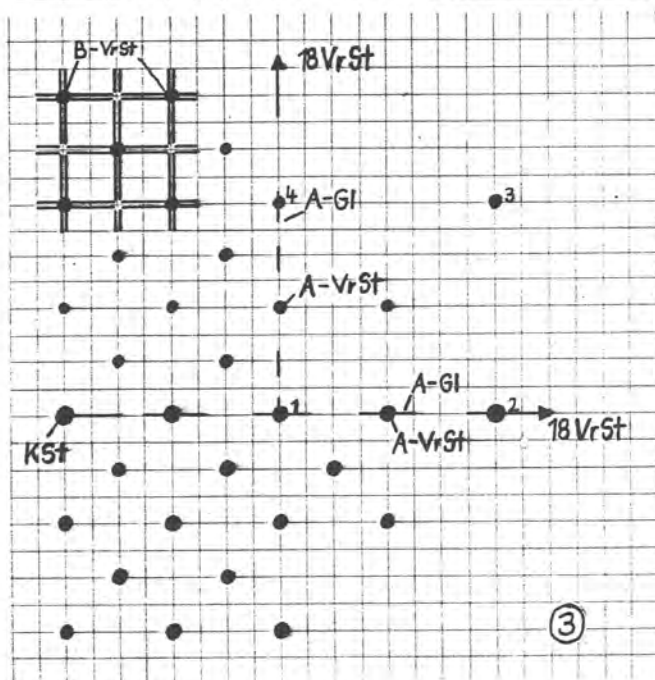
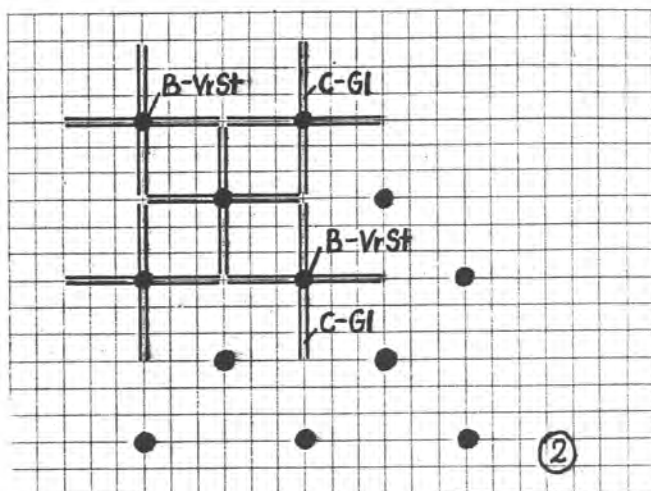


Bild 2 zeigt das Prinzip einer Flächenversorgung. Von der Grundleitung (GL) mit der Verstärkerstelle B (B-VrSt) sind in gleichen Abständen entsprechende Verstärkerstellen und Kabelzweige angefügt worden.

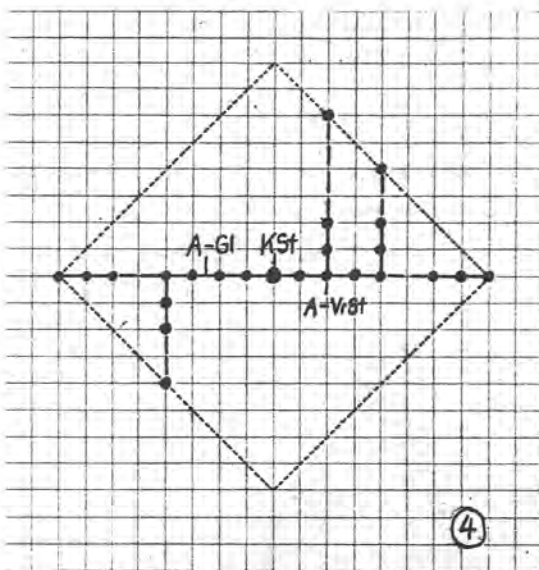
Bild 3 zeigt die Einfügung einer weiteren Grundleitung A (A-GL). Der Anschlußbereich von Bild 2 (jetzt links oben) ist entsprechend erweitert worden. Sie ist an eine Kopfstelle (KSt) angeschlossen. Die Kopfstelle ist die Zentrale des jeweiligen Anschlußbereiches und versorgt über

ein eigenes Studio oder als Verteiler von Richtfunkt-  
 signalen von übergeordneten Sendestellen den jeweiligen Anschluß-  
 bereich.



In den Kopfstellen werden die Fernsehprogramme auch in andere Kanäle umgesetzt und zugleich Feldstärkeschwankungen ausgeglichen, so daß in das Verteilernetz ein stabiler Signalpegel eingespeist werden kann. Die Verstärkung erfolgt dann im Netz selbst (über die Verstärkerstellen), so daß an jeder Stelle ein ausreichender Signalpegel gewährleistet bleibt.

Bild 4 schließlich zeigt die Kopfstelle (KSt) in der Mitte eines mit Grundleitungen und Verstärkerstellen versehenen Anschlußbereiches.

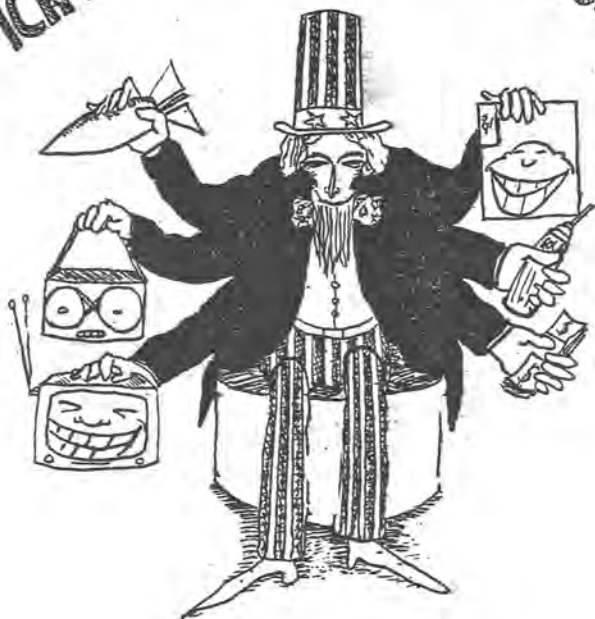


Als Kabelverbindung wird das (Koaxial-)Breitbandkabel verwendet, das heute in Durchmessern zwischen 1 mm und 20 cm hergestellt wird. Es sind teilweise biegsame Rohre, in deren Achse ein draht-, rohr- oder litzenförmiger Innenleiter verläuft. Außen- und Innenleiter sind durch einen Isolator getrennt. Die Hauptwelle läßt sich im Querschnitt so darstellen, daß die elektrischen Feldlinien wie Speichen bei einem Rad zwischen dem Innen- und Außenleiter verlaufen, während die magnetischen Feldlinien konzentrische Kreise bilden.

Gegenüber der Schmalbandkommunikation (etwa dem Telefon und Fernschreiber) über schmalbandige Kabelverbindungen (bestehend aus symmetrischen, schmalbandigen Kabeln, das etwa einem zweiachsigen Verlängerungskabel im Haushalt ähnelt) ermöglicht diese Anordnung sehr hohe Bandbreiten. Ein Vergleich mag das verdeutlichen: Für ein Telefongespräch genügt ein Kabel von rund 4 Kiloherz Bandbreite. Für eine Fernsehsendung werden dagegen sieben Megaherz, also eine Bandbreite, die mehr als 1500 mal so groß ist, benötigt. In einer Breitbandkabelanlage, die entsprechend den KTK-Empfehlungen auf 30 Programme ausgelegt ist, stecken theoretisch 52 500 Telefonleitungen, auf denen gleichzeitig telefoniert werden könnte.

Derzeit erlaubt die in der BRD angewandte Technik für Gemeinschafts- und Großgemeinschaftsantennenanlagen die Übertragung von 12 Farbfernsehprogrammen. Auf den bis

★ ★ ICH BRINGE EUCH DEN SEGEN ★ ★



heute verfügbaren Kanälen können wegen der internationalen Frequenzknappheit nicht mehr als drei Programme ausgestrahlt werden. Zwei Sender, die den gleichen Kanal benutzen, müssen jeweils soweit voneinander entfernt liegen, daß sie sich gegenseitig nicht stören. Das gilt sogar, wenn sie das gleiche Programm ausstrahlen, weil die Signale wegen ihrer unterschiedlichen Laufwege zu verschiedenen Zeiten im Empfänger eintreffen.

Bei der Übermittlung durch Kabel tritt dagegen kein Überreichweitenproblem auf, da hiermit neue Frequenzbereiche erschlossen werden.

In der Entwicklung befindet sich die Anwendung von Glasfaser als Leiter, ein Forschungsbereich, dessen Förderung von der KTK empfohlen worden ist. Es soll nur angemerkt werden, daß ein Gramm Glas ungefähr zehn Kilogramm Kupfer ersetzen könnte.

## ***Es wird langfristig geplant***

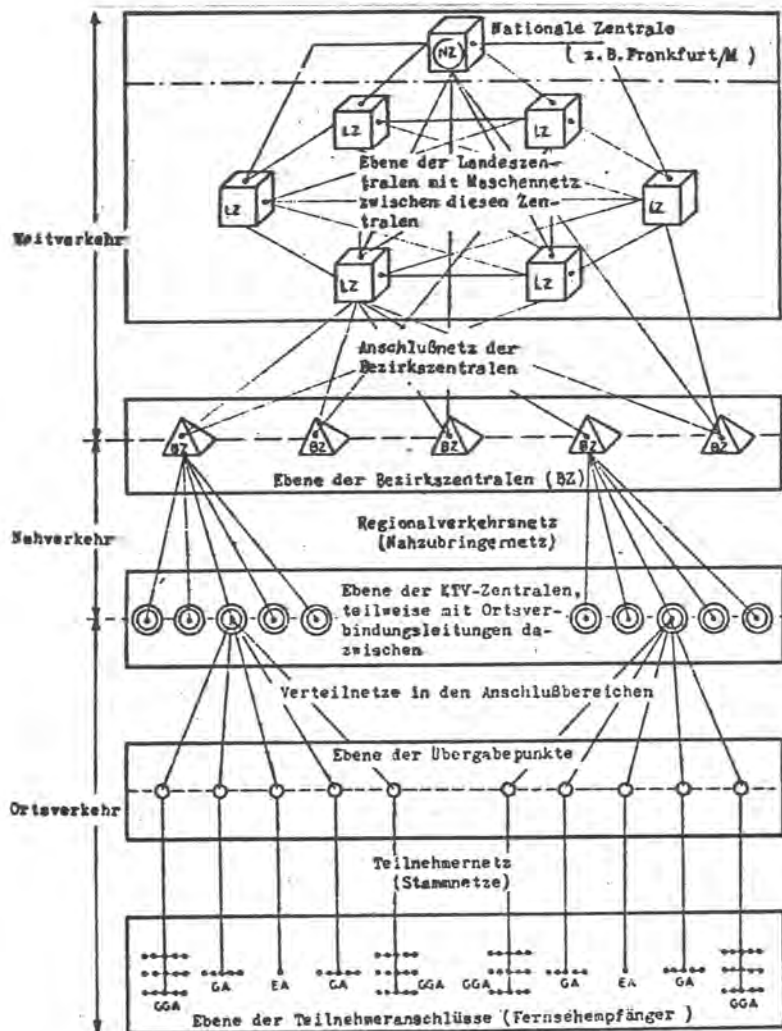
Ein wesentliches Moment bei der Kabelfernsehplanung der Bundespost ist die Erstellung eines einheitlichen Netzes, in das im Rahmen eines längerfristigen Ausbaus verschiedene Bereichsnetze integriert werden können. Neben dem formierten Ausbau des schmalbandigen Netzes (die Nachfrage etwa von Telefonanschlüssen wird 1976 mit rund 1,3 Mio. etwa doppelt so hoch sein wie 1975) sieht sich die Bundespost als natürlicher Träger auch für den Ausbau des breitbandigen Netzes. Angesetzt wird dabei an dem finanziell "Machbaren": Versorgung von Beschattungsgebieten (etwa Hamburg-Uhlenhorst), die Vollversorgung nicht erreichbarer Gebiete, das Vermeiden von 'Antennenwäldern' insbesondere in Neubaugebieten usw. und schließlich, soweit politisch beschlossen und finanziell abgesichert, die Pilotprojektplanung.

Unterschieden wird dabei zwischen 4 verschiedenen Ebenen:

1. die Einzel- und Gemeinschaftsantennenanlage,
2. das Ortsnetz mit einzelnen Kabelfernsehzentralen ("Kopfstellen"),

3. ein Regionalverkehrsnetz, das Zubringerdienste über Kabel- oder Richtfunk für die Ortsnetze leistet,
4. ein Weitverkehrsnetz zwischen Landeszentralen mit den angeschlossenen Ortsnetzen.

In der folgenden Grafik, die Mitteilungen der Firma AEG-Telefunken, Fachbereich Weitverkehr und Kabeltechnik ent-



nommen ist, zeigt den Aufbau "eines zukünftigen nationalen Fernsehprogrammverteilnetzes".

Die Pilotprojektplanung stellt im Rahmen einer langfristigen Planung eine erste Versuchs- und Ausbauphase in verschiedenen Ballungsgebieten und Großstädten dar. Vorhandene infrastrukturelle Einrichtungen wie Kabeltrassen, Fernsprech-Ortsnetze usw., finanzielle Möglichkeiten und kulturpolitische Erwägungen bezeichnen die Ausgangspunkte und bedingen die weitere Entwicklung.

Die Verkabelung von abgelegenen und weniger erschlossenen Landgebieten würde im Verhältnis zu Großstadtbereichen den dreifachen Kostenaufwand zur Folge haben.

Nach einer Studie der Firma AEG läßt sich bereits mit der Verkabelung der 183 einwohnerreichsten Ortsnetze über 50 000 Einwohner über die Hälfte der Gesamtbevölkerung der BRD mit Fernsehprogrammen versorgen, obwohl damit flächenmäßig nicht einmal 10% der Gesamtfläche des Landes erfaßt sind. Bei Verkabelung der 533 größten Ortsnetze über 20 000 Einwohner wären bereits 2/3 der Gesamtbevölkerung angeschlossen, während auch jetzt erst 20% der Landesfläche von den errichteten Kabelfernsehanlagen bedient würden.

## **Bürgermeister Klose zum Kabelfernsehen**

In einem Interview mit der katholischen Nachrichtenagentur (KNA) vom 30.11.76 äußerte sich der Hamburger Bürgermeister Klose zum Kabelfernsehen. Klose war bis vor kurzem Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder, dem Gremium, das beschlossen hatte, die von der KTK vorgeschlagenen Pilotprojekte zu realisieren.

Über einen etwaigen Standort Hamburg sagte Klose: "Bisher ist noch nicht entschieden worden, wo die Standorte der einzelnen Pilotprojekte sein werden. Wir können in Hamburg aber, wie ich meine, mit einiger Sicherheit davon ausgehen, daß eines in unseren Mauern stattfinden wird.(...) Für ihre Struktur sollen,(...), gemeinsame Vorstellungen der Ländermaßgebend sein, an denen derzeit noch gearbeitet wird.

Unsere auch öffentlich erklärte Absicht ist es allerdings, das Hamburger Pilotprojekt in öffentlich-rechtlicher Verantwortung und das heißt für uns: unter dem Dach des Norddeutschen Rundfunks, durchzuführen (...) Wir setzen uns auch für die Beteiligung der großen gesellschaftlichen Gruppen ein, zu denen zum Beispiel die Gewerkschaften und auch die Kirchen gehören. Form und Umfang dieser Beteiligung liegen noch nicht fest, dasselbe gilt für spezielle Sendezeiten. Uns liegt jedoch daran, daß das Hamburger Pilotprojekt ein sehr offenes, vielfältiges und kooperationsbereites Medium wird. Nur wenn den Menschen, denen das neue Medium Kabelfernsehen zugute kommen soll, nicht nur ein Mehr an Quantität, sondern auch an Qualität geboten wird, können die Pilotprojekte überhaupt sinnvoll sein."

Über den Zeitraum ihrer Einrichtung sagte Klose: "Wegen der von allen anerkannten rundfunkpolitischen Bedeutung dieser Projekte sollen für die Durchführung aber zunächst gemeinsame Vorstellungen zum Beispiel über Organisation, Finanzierung und Programmstruktur entwickelt werden. Die daraus sich ergebenden Beratungen auf Länderebene werden nicht vor dem Frühjahr des nächsten Jahres abgeschlossen sein."

## ***"Hamburg vorn" im Kabelfernsehen***

Wie bereits in MEDIENARBEIT 8 beschrieben, wird die Netz-erstellung in Hamburg von der Bundespost übernommen. Eine entsprechende Arbeitsgruppe hat inzwischen eine detaillierte Projektplanung für ein Pilotprojekt ausgearbeitet. Nach den Vorstellungen der Bundespost soll ein Pilotprojekt mit 20 000 Anschlußeinheiten in einem Gebiet nördlich des Hamburger Fernsehturmes angeschlossen werden. Die Projektgruppe hat die sozialen und technischen Bedingungen des betreffenden Gebietes untersucht. In mehreren Plänen des Anschlußgebietes sind soziale und Altersstruktur der Bewohner, Bebauungsart und Geschoßhöhe der Häuser, öffentliche Einrichtungen wie z.B. Universität, usw. erfaßt worden.

Die Erfahrungen aus dem Anschlußgebiet in Hamburg-Uhlenhorst fließen dabei in die Planung mit ein. So soll auch das Pilotprojekt auf 12 TV-Programme ausgelegt werden. Die Bundespost hält eine Kapazität von 30 Programmen, wie sie die KTK vorgeschlagen hat, für finanziell zu aufwendig. Ebenfalls - wie es heißt - aus finanziellen Erwägungen - wird das Hamburger Pilotprojekt ein reines Vorwärtsnetz sein, d.h. der Einbau eines Rückkanals ist generell nicht vorgesehen, er kann jedoch partiell separat eingerichtet werden.

Bei der Verlegung der Kabelstränge kann sich die Post überwiegend der vorhandenen Kabeltrassen und Kabelkanallinien bedienen. Die Kosten der Netzerstellung für das Pilotprojekt sind bisher auf 6 Mio.DM veranschlagt worden.

Die Programmseite wird - entsprechend der Position der SPD/FDP-regierten Länder (s.a. MEDIENARBEIT 8) - vom NDR übernommen. Seit einiger Zeit hat der NORDDEUTSCHE RUND-FUNK unter Leitung seines stellvertretenden Intendanten Schwarzkopf eine Projektgruppe gebildet, die eine entsprechende Arbeit begonnen hat. Hier sollen die technischen Fragen und die Programmseite eines zukünftigen Pilotprojektes unter der Federführung des NDR geklärt werden.

Erste Gespräche zwischen NDR und Bundespost haben gezeigt, daß der NDR das vorgesehene Anschlußgebiet für zu klein hält und die Einrichtung eines entsprechenden Sende- und Programmapparates als unrationell betrachtet.

Ob das geplante Pilotprojekt in dieser Form zustande kommt, ist zu diesem Zeitpunkt noch offen.

Neben den übergeordneten Entscheidungen der Landesregierungen über Standorte und Strukturen der Pilotprojekte ist vor allem die Übernahme der Kosten durch Bund und Länder noch ungeklärt.

Ob also neben "Konservenfernsehen" auch einige Stunden pro Woche "Lokales Fernsehen" stattfinden werden, muß für die Hamburger Projektplanung noch offen bleiben.



Einige Schlußfolgerungen können unserer Meinung nach - in Ergänzung zu unseren "Thesen" in MEDIENARBEIT 8 - schon jetzt gezogen werden:

- Organisation, Finanzierung und Programmstruktur werden auf höchster Ebene (zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidentenkonferenz) beschlossen und vorgegeben. Dabei werden im Rahmen von "ausgewogenen" Pilotprojekten je nach Landesregierung lokales Kabelfernsehen etwas mehr privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich durchgeführt.
- Der medienpolitische "Spielraum der Projekte dürfte über die öffentlich-rechtliche Organisationsstruktur auch für lokales Fernsehen (etwa die Hamburger Planung) nicht hinausgehen. Dabei werden Sendungen des Lokalfernsehens schon aus finanziellen Erwägungen mehrheitlich aus "Konservenfernsehen des Big-TV" zusammengesetzt sein, "Lokalfernsehen" - von Fernseh- und Zeitungsjournalisten gemacht - nicht über einige Stunden in der Woche hinausgehen.
- Lokales Kabelfernsehen wird in Großstädten und Ballungsgebieten (Hamburg, München, Kassel und West-Berlin sind im Gespräch) eingerichtet werden und als Teil eines lokalen kulturpolitischen Angebots "verkauft" werden.

Für fortschrittliche Medienarbeiter kann der Hinweis von Bürgermeister Klose, Kabelfernsehen mit "großer Sachlichkeit und Nüchternheit" zu behandeln, nur bedeuten, nicht auf das institutionalisierte Kabelfernsehen zu bauen, sondern im Interesse einer alternativen und unabhängigen Medienarbeit auf die eigenen Kräfte zu vertrauen:

Selbstorganisation und Eigeninitiative fortschrittlicher Initiativen und Gruppen im Medienbereich und der Aufbau von Alternativen wird durch die herrschende Kabelfernsehplanung in der BRD nicht unterstützt, sondern bleibt auf die eigenen Kräfte verwiesen.

( wird fortgesetzt )

## Eine Büchertauschzentrale für Gefangene

Im Rahmen der Medienarbeit im Stadtteil Fuhlsbüttel, zu der auch die Information und Aufklärung über die Situation und Haftbedingungen in der Strafvollzugsanstalt Fuhlsbüttel gehört, bestehen seit einem Jahr Kontakte zu Gefangenen. Bei Besuchen in der Anstalt, Gesprächen mit Angehörigen sowie bei Treffen mit Gefangenengruppen wurde immer wieder zum Ausdruck gebracht, wie wichtig einer stärkerer Zusammenhalt und ein organisatorischer Zusammenschluß der Gefangenen ist. Dieser ist notwendig, um eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zu machen und die Isolation der Gefangenen aufzuheben. Diese Initiative muß von den Gefangenen selbst ausgehen und getragen werden.

Ein erster Schritt soll die Einrichtung einer "Büchertauschzentrale" sein, die von Gefangenen angeregt wurde.

Der folgende Aufruf verdeutlicht seine Funktion. Die Aufgaben, welche die Gefangenen nicht selbst übernehmen können, wie den Bücherversand, die Veröffentlichung von wichtigen Informationen in Rundbriefen, wird die Gefangenengruppe im Medienzentrum Fuhlsbüttel zusammen mit anderen übernehmen.

## **Aufruf**

Brüder, Schwestern, Freunde und Genossen!

Die zunehmende Unterdrückung der Gefangenen, die im Verbot der Durchführung von politischen Veranstaltungen in der JVA Aschaffenburg und in vielen anderen Beispielen deutlich wird, macht einen organisatorischen Zusammenschluß der Gefangenen immer notwendiger!

Ein erster Schritt zum Zusammenschluß der Gefangenen soll die Einrichtung einer BÜCHERTAUSCHZENTRALE sein.

### Warum der Tausch von Büchern?

1. Es bedeutet eine erhebliche finanzielle Belastung für jeden Einzelnen, sich von seinem geringen Arbeitslohn Bücher selbst anzuschaffen.
2. Die Vollzugsanstalten verhindern meist den Austausch von Büchern unter den Gefangenen.
3. Die meisten Knast-Büchereien sind total veraltet, und ihr Angebot entspricht nicht den Interessen der Gefangenen.
4. Durch die gemeinsame Mitarbeit und Teilnahme an der Tauschzentrale kann die Isolation der Gefangenen durchbrochen werden und können neue Kontakte nach draußen und unter den Gefangenen entstehen.

### Wie soll der Büchertausch funktionieren?

1. Verlage, Buchläden und Einzelne werden aufgefordert,

für die Tauschzentrale der Gefangenen Bücher zu spenden oder zur Verfügung zu stellen.

2. Auch Gefangene sollten die Bücher, die sie schon gelesen haben, an die Zentrale weiterleiten, um auch anderen Brüdern und Schwestern das Lesen dieser Bücher zu ermöglichen. (Achtet aber darauf, daß in den Büchern keine Randbemerkungen sind, da diese von den Anstalten nicht angenommen werden.)
3. Alle Interessierten sollten Listen über die Bücher, die für sie wichtig sind, anfertigen und an die Zentrale schicken. Diese wird ihr Möglichstes tun, um diese Bücher zu beschaffen. Denn das Buchangebot der Tauschzentrale muß sich nach den Wünschen der Gefangenen richten!
4. Die Zentrale fertigt einen Katalog der vorhandenen Bücher an, wobei zu jedem Buch eine kurze Inhaltsbeschreibung angeführt sein sollte. Diese Liste wird an alle Knäste geschickt.
5. Die Gefangenen können dann die gewünschten Bücher bei der Zentrale anfordern. Diese werden ihm dann zugeschickt und gehen an die Zentrale zurück, sobald sie durchgelesen sind. (Falls Bücher von der Anstalt nicht ausgehändigt werden, sollte unbedingt die Zentrale benachrichtigt werden.)
6. Über den Büchertausch hinaus hat die Zentrale die Funktion, Kontakte zwischen den Gefangenen herzustellen, z.B. indem sie die Adressen von Brüdern und Schwestern weitervermittelt, die Interesse am gleichen Buch haben. So kann ein gemeinsamer Meinungsaustausch stattfinden.
7. Auch soll die Zentrale als Vermittler und Multiplikator von Rundbriefen fungieren. Sie sollte unbedingt über

wichtige Vorgänge in den Knästen informiert werden, die dann von der Zentrale in verschiedenen Infos und Zeitungen veröffentlicht werden.

8. Finanziert werden soll die Tauschzentrale durch Bücher- und Geldspenden, den Erlös von Dokumentationen und Veranstaltungen.

Dies sind unsere ersten Vorstellungen. Jest warten wir auf Eure Kritik und Vorschläge.

Nach einer intensiven Diskussion wird sich entscheiden, wo die Zentrale ihren Sitz haben soll; am sinnvollsten dort, wo die meisten Aktivitäten stattfinden.

Vorläufige Zentrale und Kontaktstelle für alle Anfragen und Diskussionsbeiträge sind:

Gefangenenkampf: c/o Heinz Karbe  
Hafenstr. 45  
427 Dorsten

und:

Medienzentrum Fuhlsbüttel e.V.  
Fuhlsbütteler Damm 93  
2 Hamburg 63

Solidaritätsspenden auf das Konto des Medienzentrums Fuhlsbüttel e.V.

Kennwort: "Öffentlichkeitsarbeit Gefangenenkampf"  
Hamburger Sparkasse  
Konto-Nr. 1057/210054

Bücherspenden bitte an die Adresse des Medienzentrums Fuhlsbüttel schicken.

# *Neu im MPZ Videoverleih*

## *"Brokdorf - Und bist du nicht willig - so brauch ich Gewalt"*

In der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober 1976 besetzten Polizei, Bundesgrenzschutz und Werkschutz der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) in einer Nacht und Nebelaktion das Baugelände des geplanten Kernkraftwerk in Brokdorf, um mit den Baumaßnahmen zu beginnen.

Die Bürgerinitiative (BUU) rief daraufhin zu einer Protestkundgebung am 30.10. am Bauplatz auf. Trotz massiver Abschirmung des Baugeländes gelang es ca. 2000 Demonstranten einen Teil des Bauplatzes für fünf Stunden zu besetzen. Danach räumte die Polizei mit Schlagstöcken und chemische Keule das Gelände.

Die Bürgerinitiative beschloß eine zweite Großkundgebung am 13.11. durchzuführen, zu der über 30 000 Menschen kamen. 3000 Polizisten - aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogen - riegelten das Baugelände, das inzwischen zu einer regelrechten Festung (oder wie die Bauern es nannten, zu einem Atom-KZ) ausgebaut worden war, in einem Umkreis von 10 km ab.

Der Videofilm, der kurzfristig zur Unterstützung der sich im gesamten Bundesgebiet bildenden Anti-KKW(Brokdorf) Initiativen hergestellt wurde, schildert die aktuellen Ereignisse in Brokdorf und stellt diese den Aussagen von Politikern (Stoltenberg, Mayhofer) und der Presse gegenüber, die nach bewährtem Muster "linksextremistische Gruppen" für die gewaltsamen Auseinandersetzungen verantwortlich machten.

Der Videofilm (ca. 25 min.) ist geeignet als Einstieg in die Diskussion über die Ereignisse in Brokdorf und die Problematik der Atomkraftwerke allgemein.

(Weitere Video- und Fernsehmaterialien zu Brokdorf und anderen Anti-KKW-Initiativen sind über den MPZ-Videoverleih zu bekommen)

## ***Herausgeber dieser Informationen***

**MPZ**

Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.  
Grindelhof 59c  
2000 Hamburg 13  
Täglich außer Sonntags 18 bis 19 Uhr  
Telefon 040 45 27 02

**Mefu**

Medienzentrum Fuhlsbüttel e.V.  
Fuhlsbütteler Damm 93  
2000 Hamburg 63  
Mittwochs 15 bis 19 Uhr  
Telefon 040 50 47 71

Dezember 1976

Abonniert die MEDIENARBEIT !  
Für 7,50 DM (für 5 Ausgaben inclusive Porto)  
bekommt ihr sie zugeschickt.

Bestellungen an  
Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.  
Grindelhof 59c  
2000 Hamburg 13  
PschA Hamb PschKoNr 4373 - 208

Redaktionsschluß für die nächste Nummer:  
20. Januar 1977